

13

83

Union in Deutschland

Bonn, den 31. März 1983

Der 10. Deutsche Bundestag geht an die Arbeit

Helmut Kohl: Ich glaube an die Kraft unserer Bürger

Nach der Konstituierung und der Wahl des Präsidiums, der Wahl des Bundeskanzlers und der Vereidigung des Bundeskabinetts kann der 10. Deutsche Bundestag an die Arbeit gehen. Nach dem Votum der Wähler am 6. März, die Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Koalition der Mitte überzeugend bestätigt haben, beginnt wieder der politische Alltag. Helmut Kohl sagte nach seiner Wahl in einem Fernsehinterview:

Wir haben vier Jahre Zeit, eine volle Legislaturperiode. Das gibt natürlich eine große Autorität nach einem solchen Wahlsieg wie dem am 6. März. Wir stehen vor schwierigsten Fragen, das Problem der Abrüstung und die Frage der Stationierung, die Frage der Stabilisierung des Bündnisses, die notwendigen Gespräche mit Moskau, die notwendigen Gespräche auch mit der politischen Führung der DDR. Und im innenpolitischen Bereich liegen die Probleme für jedermann erkennbar zutage: über zwei Millionen Arbeitslose, Jugendarbeitslosigkeit — was mich ganz besonders bedrückt —, die Situation junger Studenten, Jungakademikerarbeitslosigkeit.

Das sind alles Probleme, die jetzt in den Vordergrund treten. Wiederbelebung der Wirtschaft! Wir sind auf einem guten Weg. Aber das kostet viel Kraft. Ich glaube, daß die Zeichen der Zeit jetzt zu erkennen sind. Ich habe einige der Probleme genannt. Das sind Herausforderungen. Und ich glaube an die Kraft unseres Landes, unserer Bürger, daß wir das gemeinsam schaffen werden.

Das Kabinett Helmut Kohl

BUNDESKANZLER:

Dr. Helmut Kohl (CDU)

STAATSMINISTER: **Dr. Philipp Jenninger** (CDU) und **Friedrich Vogel** (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Peter Lorenz (CDU) als Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin

Chef des Bundeskanzleramtes:

Dr. Waldemar Schreckenberger (CDU)

BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

UND STELLVERTRETER

DES BUNDESKANZLERS:

Hans-Dietrich Genscher (FDP)

STAATSMINISTER:

Dr. Alois Mertes (CDU) und

Jürgen Möllemann (FDP)

BUNDESMINISTER DES INNERN:

Dr. Friedrich Zimmermann (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Carl-Dieter Spranger (CSU) und

Dr. Horst Waffenschmidt (CDU)

BUNDESMINISTER DER JUSTIZ:

Hans A. Engelhard (FDP)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Prof. Dr. Hans Hugo Klein (CDU)

BUNDESMINISTER DER FINANZEN:

Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Dr. Hansjörg Häfele (CDU) und

Dr. Friedrich Voss (CSU)

BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT:

Dr. Otto Graf Lambsdorff (FDP)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Dr. Rudolf Sprung (CDU)

Martin Grüner (FDP)

BUNDESMINISTER FÜR ERNÄHRUNG,
LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN:

Ignaz Kiechle (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Dr. Wolfgang von Geldern (CDU)

Georg Gallus (FDP)

BUNDESMINISTER

FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN:

Heinrich Windelen (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Dr. Otfried Henning (CDU)

BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND
SOZIALORDNUNG:

Dr. Norbert Blüm (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre:

Wolfgang Vogt (CDU) und

Heinz Franke (CDU)

BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG:

Dr. Manfred Wörner (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Peter Kurt Würzbach (CDU)

BUNDESMINISTER FÜR
JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT:

Dr. Heiner Geißler (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Irmgard Karwatzki (CDU)

BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR:

Dr. Werner Dollinger (CSU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Dr. Dieter Schulte (CDU)

BUNDESMINISTER FÜR DAS POST- UND
FERNMELDEWESEN:

Dr. Christian Schwarz-Schilling (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Wilhelm Rawe (CDU)

BUNDESMINISTER
FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN
UND STÄDTEBAU:

Dr. Oscar Schneider (CSU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Dr. Friedrich-Adolf Jahn (CDU)

BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG
UND TECHNOLOGIE:

Dr. Heinz Riesenhuber (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Dr. Albert Probst (CSU)

BUNDESMINISTER FÜR BILDUNG
UND WISSENSCHAFT:

Dr. Dorothee Wilms (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Anton Pfeifer (CDU)

BUNDESMINISTER FÜR
WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT:

Dr. Jürgen Warnke (CSU)

Parlamentarischer Staatssekretär:

Dr. Volkmar Köhler (CDU)

Rainer Barzel:

Unser Staat ist die Heimstatt aller Deutschen

Bundestagspräsident Rainer Barzel sagte in seiner Antrittsrede: „Unser Dienst und unsere Pflicht gelten dem deutschen Volk, dem wir Rechenschaft schulden. Es hat uns nach dem Grundgesetz in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Wir alle sind Vertreter des ganzen deutschen Volks, allein an unser Gewissen gebunden, nicht an Aufträge oder Weisungen.

Wir haben hier und da mehr Rechte als andere, weil wir mehr Pflichten haben. Damit wir diese erfüllen können, haben wir diese Rechte.

Unsere herausragendste Pflicht ist, alles zu tun, damit unser Volk ‚in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden kann‘. So grüße ich alle Deutschen. Ich grüße sie mit der Versicherung: Wir werden diesem Gebot des Grundgesetzes entsprechen und auch deshalb die Zusammengehörigkeit mit Berlin kräftigen.

Ich grüße alle Deutschen, besonders herzlich alle, die Not leiden, die seelisch oder körperlich krank, die Opfer des Krieges oder einsam oder behindert sind. Ich versichere sie unserer Solidarität.

Unser Staat ist die Heimstatt aller Deutschen. Diese Heimstatt liegt in Europa.

Wir suchen gute Nachbarschaft mit allen Europäern im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden, und erstreben — auch dies sage ich mit dem Grundgesetz —, ‚als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen‘.

Diesen Dienst können wir nach Lage der Dinge nur leisten in der Sicherheit des Atlantischen Bündnisses. Wer diese Verpflichtung unserer Verfassung so hört und in sich aufnimmt, wird nochmals denen danken — der Herr Alterspräsident tat dies heute früh vor mir —, die unser Grundgesetz geschaffen ha-

Die Wahlen

Bundeskanzler Helmut Kohl erhielt 271 Stimmen bei 214 Gegenstimmen und einer Enthaltung. (Von den 498 voll stimmberechtigten Mitgliedern des Bundestages bilden die 244 Abgeordneten der Union und die 34 FDP-Abgeordneten diese Koalition, während die 193 Sozialdemokraten und die 27 Grünen in Opposition stehen.)

Rainer Barzel wurde mit 407 gegen 88 Stimmen bei 13 Enthaltungen zum Präsidenten des 10. Deutschen Bundestages gewählt.

Vizepräsidenten wurden:

Richard Stücklen (CSU, 403 Stimmen),
Annemarie Renger (SPD, 436 Stimmen),

Heinz Westphal (SPD, 314 Stimmen) und

Richard Wurbs (FDP, 316 Stimmen).

ben, deren erlebte und erlittene menschliche und geschichtliche Erfahrung sie beherzte, uns so in die Zukunft festzulegen.

Wir wollen ihrer würdig sein, indem wir, was immer uns sonst trennt, erneut verbindlich übereinkommen: Nie wieder soll von deutschem Boden Krieg oder Diktatur ausgehen.

Das beides nie wieder!

Keiner hier hat ein besseres Mandat als ein anderer. Das Grundgesetz bindet uns alle ausdrücklich an die verfassungsmäßige Ordnung. Wie immer wir politisch handeln, denken, streiten, was immer wir neu und besser machen wollen — das ist das Fundament, auf dem wir alle stehen.

Dem Staat voran geht die Würde des Menschen. An diesem Grundrecht und am Schutz der Minderheiten findet auch die Mehrheit ihre Grenze. Diesseits dieser Grenze aber muß die Mehrheit unterscheiden, beschließen, durchsetzen. Das schuldet sie unserem Volk, das in nach außen gesicherter, nach innen durch soziale Wirklichkeit im Alltag erfahrbarer Freiheit in Frieden leben will.

Zur Mehrheit führt der Weg der Kompromisse. Unterwegs dahin sind Humor und Witz erwünscht. Ernsthaftigkeit findet, wie ich meine, nicht in betulicher Erstarrung ihren Ausdruck.

Warum verschweigen, daß manche in der Welt, viele in Deutschland und wohl alle hier im Hause das veränderte Gesicht dieses neuen Deutschen Bundestages beschäftigt? Viele Erwartungen gelten dem Inhalt, zahlreiche Befürchtungen der Form. Das letztere teile ich nicht.

Mit der Form hier ist es wie mit unserer deutschen Sprache: Wir brauchen sie alle, um zugleich zusammen leben und über Inhalte streiten zu können.

Wir alle hier wissen: Die Rücksicht auf das Recht des anderen ist die unerläßliche Bedingung des Friedens nach innen wie nach draußen. Friedfertigkeit und gute Nachbarschaft beginnen zu Hause, auch hier im Hause.

Wir erstreben keine gespreizte, verordnete Würde, sondern die natürliche Achtung, die aus unserer Arbeit und aus unserem Auftrag erwächst — und aus der Art, wie wir sie leisten. Keiner wird uns diese Achtung je entgegenbringen, wenn wir uns nicht, zunächst, untereinander Achtung erweisen.

Zur Eröffnung des 1. Deutschen Bundestages am 7. September 1949 sagte Alterspräsident Paul Löbe, der über lange Jahre Präsident des Deutschen Reichstags war — ich zitiere —: *„Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestags? — Daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und neuem Wohlstand entgegenführen.“*

Das wurde — leider nur im freien Teil unseres Vaterlandes — rasch geschafft, weil sich die deutsche Politik nicht scheute, anspruchsvoll zu sein, sich hohe Ziele setzte und nach festen Grundsätzen berechenbar entschied, weil man wußte und sagte, daß nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht.

Mein Wunsch für diesen 10. Deutschen Bundestag?

Daß unsere Werktagsarbeit mit unseren Sonntagsreden übereinstimmt; daß unser Volk sehen kann, wem unsere Arbeit dient und wofür wir miteinander streiten; daß Sinn und Zweck und Ziel, daß Werte und Überzeugungen uns leiten wie die Verantwortung für unsere Lebens-

grundlagen; daß wir alle die Dimension Geist einbeziehen und ihr entsprechen.

Nur so — dessen bin ich gewiß — werden wir die sozialen Sorgen, allen voran die Arbeitslosigkeit, überwinden und die materiellen Probleme lösen können; denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Allen, die arbeiten wollen, aber zur Zeit nicht können, versichere ich — ich glaube, das für alle tun zu dürfen —: Wir wollen und wir müssen das ändern.

Hier ist, wie ich schon sagte, Platz für Neues und für Besseres. Hier ist Platz für leidenschaftlichen Streit, aber ebenso für Nachsicht, für Herzlichkeit, für Höflichkeit und Kompromißbereitschaft. Nicht nur Freiheit und Gleichheit und Gerechtigkeit, auch Brüderlichkeit machen die Demokratie aus.

Das können wir nicht verordnen, aber es kann, es sollte, als geistig-politische Haltung von uns ausgehen.

So wollen wir, wie unser Grundgesetz es sagt, im ‚Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen‘ an die Arbeit gehen, um die Würde des Menschen zu achten und zu schützen; der sozialen Gerechtigkeit und dem Frieden zu dienen; unserer Verantwortung für die kommenden Generationen und deren Lebensgrundlagen gerecht zu werden; dem gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohl durch einen unterschiedlichen Beitrag zum Kampf gegen Hunger und Elend, Unwissenheit und Not zu entsprechen; und nie die Deutschen zu bevormunden oder zu vergessen, denen, wie das Grundgesetz sagt, hier ‚mitzuwirken versagt‘ ist. Diesen großen Zielen dient unsere Arbeit.

Wir sollten danach trachten, fröhlich und mit Zuversicht diesen Dienst zu lei-

Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion

Der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 28. März 1983 folgende stellvertretende Vorsitzende gewählt:

Benno Erhard

Bereich 1

Recht (einschl. Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie Petitionen), Inneres (einschl. Sport)

Hansheinz Hauser (Krefeld)

Bereich 2

Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Stellt die CSU-Landesgruppe — wird noch gewählt

Bereich 3

Finanzen und Haushalt

Adolf Müller (Remscheid)

Bereich 4

Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit

Volker Rühle

Bereich 5

Auswärtiges, Verteidigung, Innerdeutsche Beziehungen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Frau Helga Wex

Bereich 6

Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft

sten — dabei weder das Gegeneinander zu scheuen noch zugleich das Gemeinsame zu pflegen. Wir sind alle miteinander aufeinander angewiesen. Uns trennen nicht nur Zäune, uns alle verbindet gemeinsamer Boden.

Glückauf dem 10. Deutschen Bundestag!

■ 6. MÄRZ 1983

Ermutung für engagierte Europäer

Zu dem Wahlsieg der Unionsparteien und den Landtagswahlsiegen der CDU in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erklärte der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Paolo Barbi, u. a. folgendes:

Der großartige Erfolg unserer deutschen Freunde hat seine Wurzeln in der über Jahre hinweg konsequenten Politik der beiden Unionsparteien und des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Diese Politik, die ausgeht von dem christlichen Menschenbild, das heute so modern ist wie eh und je, wird charakterisiert durch

- ihren Einsatz zur Stärkung und Sicherung der Freiheit und des Friedens,
- ihren Willen zur Festigung der Allianz der Demokratien der freien Welt,
- ihre Zielstrebigkeit bei der Einigung Europas,
- ihren Mut und ihren Weitblick bei der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme, mit denen wir heute in Europa zu kämpfen haben.

Die Einheit Europas in Frieden und Freiheit ist eines der Kernziele der Christlichen Demokraten seit Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman. Immer wieder hat sich gezeigt, daß die Christlichen Demokraten in unseren Ländern die wahren Triebkräfte der Einigung unseres Kontinents sind. Wir wissen und sind dankbar dafür, daß die Vollendung der Einigung Europas zu den vorrangigen Zielen auch von Bundeskanzler Helmut Kohl gehört. Er hat dem auch nach außen

sichtbaren Ausdruck gegeben durch seine wiederholten Besuche im Europäischen Parlament.

Diese Besuche hatten weit mehr als nur formale Bedeutung. Sie stimmten überein mit dem durchaus positiv zu bewertenden Auftakt der deutschen Präsidentschaft im Rat. Sie sind aber auch — und der Kanzler hat dies ausdrücklich gesagt — eine Stärkung der Stellung des Europäischen Parlaments im Konzert der Organe der Gemeinschaft, eine Stärkung, die wir immer gefordert haben und die ein politisches Erfordernis ersten Ranges ist, da wir ein demokratisches, nicht ein bürokratisches Europa wollen. Mit seinen Besuchen hat der Bundeskanzler eine gute Tradition begründet, die ihre Fortsetzung finden muß, auch wenn die Ratspräsidentschaft wechselt.

Das deutsche Wahlergebnis hat ohne Zweifel Bedeutung über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Es ermutigt alle engagierten Europäer und gibt neue Zuversicht, daß noch in diesem Jahrzehnt der Durchbruch zur Politischen Union Europas gelingen wird, wie Helmut Kohl es vor dem Europäischen Parlament gefordert hat. Es ist jetzt an uns Christlichen Demokraten, der europäischen Idee neuen Elan zu geben und aus der Idee immer mehr Wirklichkeit werden zu lassen.

An der Spitze der Regierungen in sechs der zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft stehen christlich-demokratische Politiker. Das ist für uns nicht allein ein Ansporn, darin liegt auch eine große Verpflichtung, die eingelöst werden muß. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei ruft in dieser Stunde alle Bürger in der Europäischen Gemeinschaft auf, gemeinsam mit den Christlichen Demokraten an der Vollendung der Einheit mitzuarbeiten. Es gibt zu dieser Einheit keine vernünftige Alternative. Sie ist das wahre Friedenswerk unserer Zeit.

RENTEN

Oberstes Ziel muß sein, die Renten langfristig zu sichern

Die Rentenversicherung muß nach Auffassung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) so gestaltet werden, „daß sie nicht jedem konjunkturellen Sturm ausgesetzt ist“. In einem Gespräch mit der Zeitung „Die Welt“ sagte Blüm, sein Ziel sei es, die Renten finanziell „langfristig zu konsolidieren und politisch dem Gerede zu bringen“. Nachfolgend das Interview:

WELT: Herr Blüm, ist das Thema Verschiebung der Rentenanpassung im Jahr 1984 vom Tisch?

Blüm: Ich werde eine Rentenreform zustande bringen, die dieses Thema vom Tisch bringt.

WELT: Wie stellen Sie bis dahin die Liquidität der Renten sicher?

Blüm: Wir haben Maßnahmen beschlossen, die die Rentenversicherung aus den Liquiditätsschwierigkeiten herausbringt. Aber es handelt sich dabei nicht nur um finanziell orientierte Beschlüsse, sondern auch um Beiträge zur notwendigen Strukturangepassung.

WELT: Sie meinen sichere Finanzgrundlagen im Sinne der Mindestreserve von einem Monat?

Blüm: Nach den gesetzlichen Bestimmungen reichen die Mittel aus. Aber ich will die Rentenversicherung so wetterfest machen, daß sie nicht jedem konjunkturellen Sturm ausgesetzt ist. Deshalb brauchen wir eine Rentenformel, die die Rentenversicherung finanziell langfristig sichert und politisch aus dem Gerede bringt.

WELT: Als Einstieg wollen Sie die Aktualisierung der Renten im Jahr 1984. Sie

wollen also einen Gleichklang herstellen zwischen Erhöhungen des Bruttoehnes und der Rentenanpassungen?

Blüm: Die Aktualisierung ist ein Baustein, Rentner und Lohnempfänger näher zueinander zu bringen, und auch plausibel zu machen, daß Rentner und Beitragszahler in einem Boot sitzen. Bisher folgt die Rente in einem mehrjährigen Abstand der Lohnentwicklung. Jetzt soll sie unmittelbar der Lohnentwicklung des Vorjahres folgen.

WELT: Die Rentner können also 1984 mit einer Anpassung von etwa 3,5 Prozent rechnen?

Blüm: Ja. Allerdings müssen sie sich mit 2 Prozent an der Krankenversicherung beteiligen, so daß die Rentenanpassung am 1. Juli 1984 rund 1,5 Prozent beträgt. Aber die Rentner gehen ja in das Jahr 1984 mit einer Rentenanpassung, die, wenn man den Krankenversicherungsbeitrag abrechnet, 4,6 Prozent beträgt. Wenn man jetzt zusammenzählt: 4,6 Prozent im ersten Halbjahr und 1,5 Prozent im zweiten Halbjahr, dann ergibt das im Jahresdurchschnitt rund 3 Prozent. Dies wird wahrscheinlich auch der Nettolohnentwicklung entsprechen.

Damit bleibt das Nettolohn-Rentenniveau 1984 erhalten. Dem Arbeitnehmer bleibt, wenn man seine Steuern und Sozialabgaben berücksichtigt, wahrscheinlich auch nur eine Steigerung von nicht viel mehr als 3 Prozent. Ich meine, es müßte überhaupt die Orientierung sein, daß die älteren Mitbürger angekoppelt werden an die modifizierte Bruttoanpassung.

WELT: De facto heißt das eine netto-lohnbezogene Rente?

Blüm: Nein. Die Nettolohnformel meint Nettolohn-Durchschnitt und der benachteiligt die Kleinrentner. Eine solche Rentenreform ist mit mir nicht zu machen.

WELT: *Obwohl eine Anpassung von 1,5 Prozent unterm Strich natürlich die Kleinrentner stärker benachteiligt als diejenigen, die eine üppige Rente beziehen?*

Blüm: Deswegen ist das ja auch noch nicht unser letztes Wort. Aber ich kann eine Rentenformel, die mehr Plausibilität und Gerechtigkeit schaffen will, nicht aus dem Ärmel schütteln. Wir müssen eine Lösung finden, die für Jahrzehnte hält.

WELT: *Was heißt das konkret?*

Blüm: Die Rente soll weiterhin beitrags- und leistungsbezogen bleiben. Wir wollten nicht die Gulaschkanone, aus der jeder den gleichen Schlag bekommt. Die Rente ist ein Alterslohn und kein Almosen. Zweitens sollten die verfügbaren Einkommen der Beitragszahler Maßstab für die Anhebung sein, allerdings nicht in einem nivellierenden Sinne. Und der dritte Punkt ist: Der Bundeszuschuß muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. Er muß sich orientieren an den Leistungen, die von der Rentenversicherung im allgemeinen Auftrag erbracht wird. Deshalb war es vernünftig, den Bundeszuschuß immer an den Rentenausgaben festzumachen und nicht an den Einnahmen, wie es heute praktisch der Fall ist, wo wir mit einer Mindestreserve von einem Monat arbeiten. Bei einer solchen Lösung schrammt das Boot der Rentenversicherung bei jeder Wellenbewegung.

Mit der gleichen Thematik beschäftigte sich ein Interview mit Norbert Blüm im Deutschlandfunk.

DLF: *1984 werden Sie auch die vom Bundesverfassungsgericht festgesetzte Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung lösen müssen. Was haben Sie da ins Auge gefaßt?*

Blüm: Da bin ich ein alter Handwerker. Ich kann nicht zwei Werkstücke gleichzeitig bearbeiten, immer nur eins im Schraubstock. Das erste Werkstück ist, die Renten zu konsolidieren, die Renten sicher zu machen. Wenn ich das geschafft habe — und das wird die ganze Kraft kosten, nicht nur von mir, sondern von allen Beteiligten —, dann gehen wir an die zweite Aufgabe. Und da ist es ja ganz unstrittig, daß die Frauen benachteiligt sind im Rentenrecht. Für mich gibt es keine Rentenreform, ohne daß wir das Unrecht gerade gegenüber jenen Frauen wettmachen, die Kinder erzogen haben, deshalb in vielen Fällen nicht erwerbstätig geworden sind, im Sterbefall des Mannes auf eine Witwenrente zurückfallen, die sie häufig in die Nähe der Armutsgrenze bringt. Wer Kinder erzogen hat, der sollte das auch in seinem Altersanspruch, in seiner Rente gutgeschrieben bekommen; denn Kinder, das sind ja die Beitragszahler von morgen... Wir wollen das Unrecht beseitigen und Mann und Frau auch im Rentenrecht gleichstellen, aber... ein Schritt nach dem anderen. Wenn der erste Schritt nicht der letzte sein kann, wenn wir nicht alles auf einen Schritt packen, dann muß es eben auf zwei Schritte verteilt werden. Dem Verfassungsgericht wird Genüge getan.

DLF: *Und das dreizehnte Monatsgehalt?*

Blüm: Wir wollen die Sonderzahlungen — also Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und das dreizehnte Monatsgehalt — zwölfteln. Das hat nicht nur einen finanziellen Gesichtspunkt. Heute ist das so, daß die Zufälligkeit eines Zahlungstermins in manchen Fällen darüber entscheidet, ob jemand über die Beitragsbemessungsgrenze... beitragspflichtig wird oder ob er sich der Beitrags- und Solidarpflicht entziehen kann. Wenn wir das aufs ganze Jahr verteilen — mit der Lohnsteuer machen wir auch so etwas ähnliches —, dann sind solche Techniken, die nicht gerade die solidarischsten sind, verhindert.

INFORMATION

Börner verzögert Termin für Neuwahl

Die seit September vergangenen Jahres ohne parlamentarische Mehrheit die Geschäfte führende hessische Landesregierung verfügt nicht nur über keinen Wirtschaftsminister, keinen Innenminister und kein parlamentarisches Vertrauen, sondern darüber hinaus über keinen Landeshaushalt. Dies sei einmalig in der Parla- mentarischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erklärte der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, Vorsitzender der CDU Hessen.

Wer jedoch geglaubt hätte, daß die geschäftsführende Börner-Regierung im Interesse des Landes daraus unverzüglich die erforderlichen Konsequenzen gezogen hätte, sieht sich getäuscht. In bewährtem Abstimmungsmuster von SPD und Grünen verfiel der Antrag der CDU auf Selbstauflösung des Landtages zur Herbeiführung von raschen Neuwahlen der Ablehnung.

Der hessischen SPD-Regierung geht es jetzt nur noch um eines: um die Verzögerung des Termins für Neuwahlen. Sie hat Angst vor der Entscheidung des Wählers. Sie will die Entscheidung, solange es ir- gend geht, hinausschieben, weil sie sich davon — wie sie unverhohlen zugibt — bessere Wahlchancen ausrechnet.

SPD will ein „atomwaffenfreies“ Hamburg

Mehrere Hamburger SPD-Politiker, darunter zwei Senatoren und zwei Bundestags- abgeordnete, haben mit einem Aufruf an die Bundesregierung appelliert, ihre Zu- stimmung zur Stationierung neuer Mittel- streckenraketen zurückzuziehen. Außer- dem wird in dem Aufruf gefordert, Ham-

burg zur „atomwaffenfreien“ Zone zu er- klären.

Wie ein Sprecher der Hamburger Jungso- zialisten auf Anfrage mitteilte, haben bis- her insgesamt 300 SPD-Mitglieder, darun- ter Schulsenator Grolle und Bausenator Kuhbier, die Bundestagsabgeordneten Klose (früherer Hamburger Bürgermei- ster) und Paterna sowie 20 der insgesamt 64 SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, den von den Jungsozialisten initiierten Aufruf zum Ostermarsch 1983 unterzeichnet.

Hierzu schreibt „Bild“: Für einige SPD-Po- litiker hat die Moral doppelten Boden. Wenn's darum geht, die Atomangst der Menschen zu schüren, sind sie natürlich gegen Waffen...

Geht's um Arbeitsplätze, sind sie für Waf- fen. So will Klose-Nachfolger Dohnanyi (SPD) auf der kranken Hamburger HDW- Wert unbedingt Kriegsschiffe bauen.

Tarifvertrag von wegweisender Bedeutung

Sechs von zwölf Tarifbezirken der IG Che- mie, Papier, Keramik haben dem Kompromiß zwischen dem Bundesverband der Chemie und der IG Chemie bereits zuge- stimmt und damit der notwendigen wirt- schaftlichen Vernunft und dem tragbaren sozialen Fortschritt eine Bresche von wegweisender Bedeutung geöffnet, er- klärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bun- destagsfraktion, Haimo George. Der Kom- promiß liegt voll auf der Linie der Koali- tionsvereinbarung der Regierungsparteien vom 23. März 1983 („Flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit ohne zusätzliche Gesamtbelastung der Wirtschaft“).

Wenn für die Chemiearbeiter über 58 Jahre ab 1. September 1983 eine flexible „Altersfreizeit“ eingeführt werde — deren Kosten in den Tarifabschluß eingerechnet sind —, dann zeugt dies von hoher sozia- ler Verantwortung für diejenigen, die un-

sere freiheitliche Wirtschaftsordnung mit Schweiß und Fleiß aufgebaut haben.

Nennenswerte arbeitsmarktpolitische Effekte können davon allerdings nicht erwartet werden; wohl aber sollte diese Regelung fördern, daß es keine „Arbeitszeitverkürzung zum Nulltarif“ gibt.

Formulierungshelfer für den Osten verwarnt

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD mit der Parole geworben, ihr Kandidat vertrete die deutschen Interessen. Heute hingegen übt ein prominentes Mitglied aus Vogels Schattenmannschaft, Egon Bahr, heftige Kritik, wenn Bundesregierung und Union tatkräftig eben diese deutschen Interessen vertreten und fördern. So warnt Bahr davor, an der Forderung nach Rücknahme der Zwangsumtauscherhöhung festzuhalten. Und er nennt es einen Rückfall in die 50er Jahre, wenn die Sowjetunion aufgefordert wird, einen Friedensvertrag für Deutschland als Perspektive anzuerkennen.

Volker Rühle, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fragt aus diesem Anlaß Egon Bahr, ob er etwa bestreiten wolle, daß beide Forde-

rungen dem deutschen Interesse entsprechen? Oder kritisiert er sie etwa deshalb, weil sie gewissen anderen Interessen zuwiderlaufen?

Die CDU/CSU warnt Herrn Bahr und seine geistige Verwandtschaft in der SPD dringend davor, der falschen Seite die Stichworte zu liefern und damit der Bundesregierung die Wahrnehmung deutscher Interessen zu erschweren. Herr Bahr muß noch lernen, daß auch eine Opposition nicht frei von Verantwortung ist.

Werden Ostermärsche von DKP organisiert?

Der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Karl Miltner, sieht „Anhaltspunkte“ dafür, daß die Ostermarschbewegung von der DKP, ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Organisationen organisiert und gesteuert wird.

Miltner sagte, die politische Zielrichtung sei eindeutig: Die mögliche Stationierung von neuen US-Raketen in der Bundesrepublik solle verhindert werden.

Daß es bereits eine Vielzahl von sowjetischen SS-20-Raketen gibt, werde in den Aufrufen wohlweislich verschwiegen

Terminplanung

für Präsidiums- und Bundesvorstandssitzungen der CDU bis 30. Juni 1983

- 25. April 1983, Montag, 9.30 Uhr, Präsidium, Bonn, KAH
- 25. April 1983, Montag, 11.00 Uhr, Bundesvorstand, Bonn, KAH
- 16. Mai 1983, Montag, 9.30 bis 12.00 Uhr, Präsidium, Bonn, KAH
- 24. Mai 1983, Dienstag, 18.00 Uhr, Präsidium, Köln
- 24. Mai 1983, Dienstag, 19.00 Uhr, Bundesvorstand, Köln
- 25. bis 27. Mai 1983, Mittwoch bis Freitag, **31. Bundesparteitag**, Köln
- 13. Juni 1983, Montag, 9.30 Uhr, Präsidium, Bonn, KAH
- 13. Juni 1983, Montag, 11.00 Uhr, Bundesvorstand, Bonn, KAH

FINANZEN

Solide Haushaltspolitik führt zur wirtschaftlichen Gesundung

Wichtige Erläuterungen zu dem Bereich Wirtschaft und Finanzen in den Koalitionsvereinbarungen (siehe auch UfD 12/83, grüner Teil) gab Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk (26. März 1983):

Frage: Herr Minister, das Kernstück der Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und CSU und FDP ist ja die Sanierung des Haushalts, auch mittelfristig gesehen. Sie wollen in jedem Jahr rund sechs bis sieben Mrd. DM einsparen, auf der anderen Seite müssen Sie, um den Aufschwung richtig in Schwung zu bringen, die Wirtschaft stützen, Sie müssen Steuererleichterungen geben. Wo nehmen Sie das Geld her?

Stoltenberg: Wir müssen noch einmal, wie wir vor der Wahl deutlich gemacht haben, Sparbeschlüsse fassen, um das immer noch viel zu hohe Defizit, also die viel zu hohe Kreditaufnahme, schrittweise abzubauen. Aber wir werden es nicht aufs Sparen beschränken. Zur Koalitionsvereinbarung gehört ja auch die Absicht, etwa 1½ Mrd. DM zusätzlich für Vorhaben, die der Beschäftigung und der Wirtschaftsgesundheit dienen, bereitzustellen. Wichtig ist aber vor allem, daß durch die Sparbeschlüsse das Haushaltswachstum beschränkt und die Kreditaufnahme absinken soll. Durch eine rückläufige Kreditaufnahme unterstützen wir die Bundesbank bei ihrer Politik niedrigerer Zinsen. Dieser Kurs hat sich ja schon seit Oktober als

richtig erwiesen, wir haben in den letzten Tagen ja eine dritte nachhaltige Zinssenkung erlebt. Zinssenkungen haben zu einer optimistischeren Beurteilung der Wirtschaft beigetragen, die Wirtschaftsdaten werden besser, die private Investitionsbereitschaft nimmt zu, die niedrigeren Zinsen führen auch zu einer Belebung der privaten Nachfrage, dafür gibt es deutliche Anzeichen, und das ist auch eine erste Widerlegung der sehr ungünstigen Annahmen der Sozialdemokraten, die uns ja noch im November vorwarfen, wir würden durch diese Haushaltspolitik die private Nachfrage in gefährlicher Weise einschränken.

Frage: Die private Nachfrage in gefährlicher Weise einschränken... Wenn ich das aufgreifen darf — Ihnen wird ja auch vorgehalten, daß Sie keinerlei Beschäftigungsprogramm mit aufgelegt haben und auch nicht ins Auge fassen. Wenn ich Sie richtig verstehe, wollen Sie durch Umschichtungen im Haushalt die Investitionstätigkeit weiterbeleben. Reicht das eigentlich aus?

Stoltenberg: Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, den der Staat zu leisten hat. Hinzu kommt die vor der Wahl verkündete Absicht, gezielte Steuerentlastungen für den Mittelstand, die gewerbliche Wirtschaft insgesamt, vorzunehmen und die steuerlichen und finanziellen Bedingungen für Vermögensbildung der Arbeitnehmer zu verbessern. Hier werden wir ab 1. Januar 1984 noch einmal vier Mrd. DM einsetzen. Und neben den öffentlichen Investi-

tionen, neben einer Politik, die Zinssenkungen unterstützt, ist dies gleichsam das dritte tragende Element der staatlichen Finanzpolitik in der Förderung der Belebung, in der Stärkung eines begonnenen Aufschwungs. Nur so können wir ja auch die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erreichen.

Frage: *Geht das aber nicht doch zu Lasten der Wenigerverdienenden, wenn ich beispielsweise daran denke, daß im sozialen Bereich gewisse Kürzungen vorgesehen sind: beispielsweise Arbeitslosengeld und einiges andere?*

Stoltenberg: Wir haben jetzt den Rahmen von 6½ Mrd. Einsparungen für 1984 festgelegt. Für seine Ausfüllung brauchen wir noch einige Wochen. Zweifellos werden auch die sprunghaft gestiegenen Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in diese Kürzungsüberlegungen einzubeziehen sein. Aber die Maßnahmen wollen wir in den nächsten vier, sechs Wochen festlegen, d. h. also bis Mai, dann muß ja der Haushaltsentwurf für 1984 dem Kabinett zugeleitet werden. Nur, haben alle Parteien im vergangenen Jahr gesagt, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die wichtigste sozialpolitische Aufgabe ist. Wenn das weiter gelten soll, dann ist es berechtigt, Transferleistungen in allen Bereichen — auch im sozialen Bereich — einzuschränken, um Mittel für die Gesundung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit freizumachen. Das waren unsere Entscheidungen vor der Wahl, das hat unser Wahlprogramm deutlich gemacht, mit einer solchen Politik haben wir einen klaren Vertrauensbeweis am 6. März erhalten, und wir wollen diesen Kurs fortsetzen.

Frage: *Geht das, Herr Stoltenberg, allein dadurch, indem man vornehmlich nur die freien Kräfte des Marktes stützt? Das ist ja die Konzeption im Grunde genommen?*

Stoltenberg: Die freien Kräfte des Marktes zu stützen mit klaren Rahmenbedingungen, die auch die sozialen Folgen und Verantwortlichkeiten beachten, ist in der Tat das Konzept Sozialer Marktwirtschaft. Beides gehört zusammen, und ich glaube, daß dies nach vielen Enttäuschungen der letzten Jahre der richtige Weg ist, den wir konsequent beschreiten müssen. Gerade auf dem Arbeitsmarkt werden die Probleme nicht leicht sein, weil in den nächsten Jahren noch mehr Menschen nach Arbeit fragen werden, als aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Es ist aber eine Illusion, zu glauben, daß man die Arbeitsmarktprobleme nur durch Umverteilung der vorhandenen Arbeit meistern kann. Vor allem sind diejenigen, die dafür plädieren, in der Regel nicht bereit, offen die Konsequenz anzuspüren: wenn man die vorhandene Arbeit nur unter mehr Menschen umverteilen will, dann müssen starke Abstriche am jetzigen Einkommen in Kauf genommen werden, dazu ist die Bereitschaft bei den meisten noch nicht vorhanden.

Frage: *Abstriche am jetzigen Einkommen, gilt das auch für die Lösung der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die ja auch in der Koalitionsverhandlung angesprochen worden ist, wo sich aber die Industrie doch sehr zögerlich verhält?*

Stoltenberg: Dies gilt im Grundsatz auch bei dem Problem der Arbeitszeitverkürzung. Wir wollen einen ergänzenden Weg nach Möglichkeit eröffnen, das ist eine etwas flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit. Aber auch hier gibt es keine Lösung, die daran vorbeigeht, daß derjenige, der früher in den Ruhestand gehen will, einen etwas geringeren Rentenanspruch hat. Dazu wird ein Solidarbeitrag der Arbeitgeber und der Gewerkschaften nötig sein.

Vereinbarung

über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 10. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

1. Die Abgeordneten der CDU und CSU bilden auf Grund gemeinsamer politischer Ziele und angesichts der Tatsache, daß diese Parteien in keinem Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen, für die 10. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine gemeinsame Fraktion.

2. Die gemeinsame Fraktion besteht aus der Gruppe der Abgeordneten der CDU und der Gruppe der Abgeordneten der CSU. Dabei wird an dem Grundsatz festgehalten, daß es sich bei jeder Gruppe um die Abgeordneten einer jeweils selbständigen Partei handelt.

Die Gruppe der CSU-Abgeordneten verfügt über eigene Organe. Sie wird an allen Organen der Fraktion angemessen beteiligt.

3. Der Fraktionsvorsitzende wird für die Dauer der Legislaturperiode gemeinsam von den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Der Fraktionsvorsitzende hat einen Ersten Stellvertreter. Der Erste Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden wird für die Dauer der Legislaturperiode von den CSU-Abgeordneten gewählt.

Unbeschadet dessen werden weitere Stellvertreter gewählt. Über Zahl und Verteilung der weiteren Stellvertreter muß Einvernehmen erzielt werden. Sie werden von der jeweiligen Gruppe gewählt.

4. Im Fraktionsvorstand sind CDU und CSU entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten vertreten. Die Gruppen der CDU- und der CSU-Abgeordneten wählen die auf sie entfallenden Vorstandsmitglieder selbst.

5. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Gruppe der CSU-Abgeordneten ist kraft Amtes ein Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und der Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers.

6. Bei der Wahl der Arbeitsgruppenvorsitzenden (Sprecher) und ihrer Stellvertreter (Obleute) ist die Gruppe der CSU-Abgeordneten entsprechend ihrem Stärkeverhältnis zu berücksichtigen. CDU und CSU haben für die auf sie entfallenden Positionen das Benennungsrecht. Das gleiche gilt für die Wahl der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden.

Die Fraktion hat zwei Justitiare, je einen von der CDU-Gruppe und der CSU-Gruppe.

7. Unter den zwei von der CDU/CSU vorzuschlagenden Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages schlägt die CDU den Präsidenten und die CSU einen Vizepräsidenten vor.

8. Bei der Besetzung von Fraktionsgremien und Delegationen der Fraktion sowie der auf die CDU/CSU-Fraktion entfallenden Sitze in Bundestagsorganen und den mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu besetzenden Gremien ist die Repräsentation der CSU-Gruppe entsprechend ihrem Kräfteverhältnis herbeizuführen.

CDU und CSU besetzen die auf sie entfallenden Sitze in eigener Zuständigkeit.

9. Die CDU/CSU-Fraktion wird keine Grundgesetzänderung ermöglichen, der

die CSU-Gruppe aus Gründen der Wahrung der Grundlagen des föderativen Staatsaufbaus widerspricht.

10. Die Abstimmung ist frei; es gibt keinen Fraktionszwang.

Die CSU-Gruppe kann eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung im Bundestag selbständig vertreten, wenn sie nach der Erörterung der Frage in der Fraktion dieses Verlangen stellt.

Nachtrag Wahl Rheinland-Pfalz

In der Übersicht in den Einzelergebnissen der Landtagswahl von Rheinland-Pfalz (UID 11/83 grüner Teil) fehlen die Zahlen der Stadt Ingelheim, da sie im vorläufigen Ergebnis des Landeswahlleiters nicht ausgewiesen waren. Nachfolgend das Ergebnis aus Ingelheim am Rhein (in Prozent):

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Grüne
L 1983	47,7	42,0	4,8	5,3
L 1979	45,5	44,6	9,1	—
B 1983	42,9	40,1	11,0	5,5

Koalitionsvereinbarungen: Landwirtschaft

In der Dokumentation 12/83, „Wortlaut der Koalitionsvereinbarungen“, hat sich auf Seite 5 Punkt „5. Landwirtschaft“ ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Im Absatz drei muß es statt Betriebsaufgaben selbstverständlich Betriebsaufgaben heißen.

Der Absatz lautet wie folgt:

Es ist zu prüfen, ob Steuervergünstigungen bei Grundstücksverkäufen und Betriebsaufgaben gewährt werden können, soweit die Erlöse in Betriebe oder in den Wohnungsbau reinvestiert werden.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Seminare Öffentlichkeitsarbeit

Gerade nach dem großen Erfolg der CDU am 6. März ist es wichtig, die Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Verbände zu verstärken.

Wir weisen Sie deshalb auf ein interessantes Angebot des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. hin. Unter dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich“ werden bis zur Sommerpause noch zwei Studientagungen zur Aus- und Fortbildung angeboten:

Termine

29. Juni bis 2. Juli 1983

3. Juli bis 6. Juli 1983

Im zweiten Halbjahr 1983 stehen weitere Termine auf Anfrage zur Verfügung.

Interessenten melden sich bitte bei der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Heimvolkshochschule Eichholz
Postfach 29
5047 Wesseling
Telefon (02236) 7071

Während des Aufenthaltes im Schloß Eichholz sind die Teilnehmer Gast des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Unterkunft und Verpflegung sind frei. Es wird ein Teilnehmerbeitrag von 60,— DM erhoben (bei Wochenendveranstaltungen 40,— DM). Die Fahrtkosten werden in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn unter Abzug einer Eigenbeteiligung von 20,— DM erstattet.

Delegiertenschlüssel zum 31. Bundesparteitag

Festzahl 750 Delegierte (600 nach Mitgliederzahlen und 150 nach Zweitstimmenanteil) + 30 Delegierte der Exil-CDU + 1 Ehrenvorsitzender (Beschluß vom 25. Bundesparteitag in Düsseldorf)

Landesverband	Zweitstimmen (Z)	Anzahl	Mitglieder (M) per 30. 11. 1982	Anzahl	Z + M insges.	bisher	Prozent
Baden-Württemberg	3 010 521	30	90 435	76	106	(105)	14,13
Berlin	605 007 *)	6	15 855 **)	13	19	(20)	2,53
Bremen	156 603	1	3 908	3	4	(4)	0,53
Hamburg	414 055	4	13 882	11	15	(14)	2,00
Hessen	1 614 641	16	70 327	59	75	(75)	10,00
Braunschweig	269 112	2	10 923	9	11	(11)	1,47
Hannover	1 682 088	16	78 464	66	82	(80)	10,93
Oldenburg	272 788	2	18 050	15	17	(16)	2,27
Rheinland	2 655 508	26	135 054	113	139	(141)	18,53
Westfalen-Lippe	2 391 304	24	129 331	109	133	(135)	17,73
Rheinland-Pfalz	1 241 886	12	78 373	66	78	(79)	10,40
Saar	336 999	3	30 593	25	28	(29)	3,74
Schleswig-Holstein	812 175	8	42 475	35	43	(41)	5,74
Exil-CDU (Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht)		150		600	750 Delegierte		100
Ehrenvorsitzender					30		
					1		
Gesamtdelegiertenzahl					781		

*) = Zweitstimmen zur letzten Abgeordnetenhauswahl am 10. Mai 1981

***) = 200 im Osten der Stadt lebende Mitglieder der Ostsektor-Kreisverbände, von einer Kommission des Landesverbandes festgestellt

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

An die Arbeit

Nun sind sämtliche unumgänglichen Rituale einer Regierungsbildung nach Neuwahlen überstanden, und man darf hinzufügen: sie sind gnädig vorübergegangen, nämlich so gut wie reibungslos. Dafür ist wohl in der Hauptsache der Bundeskanzler verantwortlich zu machen, der das Tauziehen um Posten und Programme mit bemerkenswerter Kürze und Diskretion abwickelte.

Wenn drei Fraktionen sich auf ein Programm einigen müssen, dann kann das nur im Geben und Nehmen geschehen. Die ersten schweren Auseinandersetzungen haben nicht stattgefunden, sondern man hat sich auf Kompromisse geeinigt. Bei allen naturgegebenen Differenzen überwiegen die Gemeinsamkeiten, vor allem wenn man sich die letzten Jahre der sozialliberalen Koalition ansieht. Es ist jedenfalls kein Komplex in Sicht, der unüberbrückbare Gegensätze erwarten ließe. So kann diese Regierung wie keine andere vor ihr von einer stabilen Mehrheit getragen und vom Wähler mit einem kla-

ren Auftrag versehen ans Werk gehen. Sie kann es sich leisten, großzügig zu sein, sei es gegenüber der SPD oder den Grünen. Daher war es richtig, die Sitzordnung nicht zur ersten Kraftprobe werden zu lassen.

Eine Demokratie, die sich als derart stabil erwiesen hat, braucht sich durch eine Gruppe von Exzentrikern nicht aus der Ruhe bringen zu lassen, sie kann vielmehr darauf bauen, daß sich die Gesittung, die dieser Staat von seinem Beginn an gepflegt hat, immer wieder durchsetzen oder aber auf Störenfriede zurückfallen wird.

Frankfurter Neue Presse, 30. März 1983

Wenn dem in seinem Amt bestätigten Bundeskanzler Helmut Kohl auch weiterhin das Glück zur Seite steht, könnte die Bundesrepublik durchaus vor politischen Jahren stehen, die man einmal als die Ära Kohl bezeichnen wird. Die Zeichen sind günstig.

Doch niemand erwartet Wunder, und es reicht zunächst aus, wenn Kohl und seine Mannschaft das Gefühl vermitteln, es geht wieder aufwärts. Das neue Kabinett beginnt seine Arbeit zu einer Zeit, da binnen- und außenwirtschaftliche Signale in diese Richtung weisen.

Stuttgarter Zeitung, 30. März 1983

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann (BLZ 370 100 50).
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID